



Moin!

Am Sonntag 7. Juni 2009 ist Europawahl – und wer ein soziales und faires Europa möchte, wählt SPD!

Gemeinsam mit dem DGB fordern wir die Entscheidungsträger der EU-Institutionen dazu auf, sich dem sozialen Fortschritt zu verpflichten. Soziale Grundrechte sind zu schützen und zu stärken, wirtschaftliche Freiheiten dürfen nicht über die Koalitionsfreiheit, die Tarifautonomie oder das Streikrecht der Gewerkschaften gestellt werden. Wir brauchen in Europa mehr Mitbestimmungsrechte und faire Löhne – für ein Europa des sozialen Fortschritts. Denn nur ein Europa des sozialen Fortschritts wird langfristig Wohlstand und Beschäftigung für die Menschen in Europa sichern und ihre Unterstützung gewinnen. Auf diesem Weg wollen Gewerkschaften Europa gemeinsam voran bringen. Ich wünsche Ihnen viel

Spaß beim Lesen dieses Newsletters.

GARRELT DUIN, MdB

Sichere Zukunft für Opel: Gut für den Standort Deutschland

Unter der maßgeblichen Initiative von Frank-Walter Steinmeier hat die Bundesregierung die Voraussetzungen geschaffen, dass eine Insolvenz abgewendet und viele Arbeitsplätze gesichert werden.

Bei einer Insolvenz wären rund 130.000 Arbeitsplätze allein in Deutschland gefährdet gewesen. 28.000 bei Opel in den 4 Standorten, 35.000 bei den deutschen Opel-Händlern, 70.000 bei den Zulieferbetrieben. Die Sicherung von Arbeit und Beschäftigung hat für die SPD Vorrang.

Brückenfinanzierung

In schwierigen Verhandlungen wurde erreicht, dass ein tragfähiges Konzept steht. Magna und General Motors haben sich geeinigt, dass Opel Deutschland und die europäischen GM-Firmen eigenständig die Produktion weiterführen können. Die neue Gesellschaft wird juristisch vor einer möglichen Insolvenz in den USA abgeschottet. Magna wird bei Opel einsteigen. Bund und Länder werden eine Brückenfinanzierung durch die Banken mit Bürgschaften absichern.

Die Standorte in Deutschland werden erhalten. Die SPD begrüßt, dass die Bundesregierung selbstverständlich auch die Belange der



Opel-Zukunft: In schwierigen Verhandlungen wurde erreicht, dass ein tragfähiges Konzept steht.

europäischen Partner im Blick hat. Ziel war nicht nur, Standorte in Deutschland zu stabilisieren, sondern auch tragfähige Lösungen in ganz Europa anzustreben. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass Deutschland in Europa dazu gut kooperiert.

„Eine Lösung für die Arbeitsplätze bei Opel“

Frank-Walter Steinmeier erklärt: „Ich freue mich persönlich, dass das unverantwortliche Gerede über eine

drohende Insolvenz ein Ende hat. Ich freue mich auch, dass die große Koalition sich nach vielem Hin und Her durchgerungen hat, hier an einem Strang zu ziehen. Unser beharrliches Drängen hat sich gelohnt.“

„Ich war immer überzeugt, dass man mit gutem Willen und Engagement eine Lösung für die Arbeitsplätze bei Opel findet. Es ist gut für den Industriestandort Deutschland, dass eine Marke wie Opel eine gute Zukunft hat!“

Am 7. Juni ist Europawahl

Am 7. Juni stehen wir vor einer in Europa vor einer Richtungswahl: Die marktradikale Ideologie ist gescheitert. Jetzt muss umgesteuert werden.

- Wir wollen ein Europa der politischen Gestaltung, der sozialen Grundrechte und klarer Regeln für den Finanzmarkt – und kein Europa der Deregulierung und Entstaatlichung!
- Wir wollen das Primat der Politik in Europa wiedergewinnen mit einer Stärkung des Europäischen Parlaments und klaren Zuständigkeiten einer sich demokratisierenden EU – und kein Europa des freien Binnenmarktes, der Entfesselung von Profit, der Steuerhinterziehung und blühenden Steueroasen.
- Wir wollen ein Europa mit starken Arbeitnehmerrechten, mit Mitbestimmung und Mindestlöhnen, das um den Erhalt guter und sinnvoller Arbeitsplätze in der Krise kämpft – und kein Europa mit Lohn- und Sozialdumping, das zu zunehmender Armut und gierigem Superreichtum tatenlos zusieht.
- Wir wollen ein Europa des Klimaschutzes, der erneuerbaren Energien, der ökologischen Industriepolitik, der bewussten Gestaltung von Technik und Fortschritt – und nicht ein Europa der Atomkraft und der umweltpolitischen Gleichgültigkeit.

Verlängerung der Umweltprämie beschlossen



Wegen des großen Erfolges der Umweltprämie werden die Mittel dafür aufgestockt. Mit dem am 28. Mai 2009 in 2./3. Lesung beratenen Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens „Investitions- und Tilgungsfonds“ werden die Mittel um 3,5 Milliarden Euro auf 5 Milliarden Euro aufgestockt und die Frist für den Antrag wird bis zum 31. Dezember 2009 verlängert. Mit der Umweltprämie soll einerseits

der Einbruch in der Automobilindustrie abgeschwächt werden und zum anderen die Umstellung von modernen, höheren Emissionsanforderungen entsprechenden Autos gefördert werden.

Die Prämie ist ein Erfolg, da sie schnell ihre konjunkturelle Wirkung entfalten konnte. Das sieht man anhand der Zulassungszahlen im ersten Quartal und dem Antragsstau, der sich gebildet hat. Zum 7. April lagen dem

zuständigen Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle etwa 1,2 Millionen Anträge vor. Damit ist das veranschlagte Fördervolumen schon mehr als ausgeschöpft. Eine weitere Aufstockung der Prämie kommt nicht in Betracht. Die Zulassung von Neu- oder Jahreswagen, für die es die Prämie gibt, sollen innerhalb von sechs Monaten nach Reservierung der Prämie beim Bundesamt für Wirtschaft erfolgen.

„Leitmarkt Logistik - Wachstumsmarkt der Zukunft“

Die Logistik ist drittstärkster Wirtschaftszweig in Deutschland. Auch wenn der Bereich Logistik einen Zukunftsmarkt darstellt, darf aber nicht verhehelt werden, dass in dieser Branche Probleme existieren. Die Wirtschaftskrise greift inzwischen auch auf diesen Bereich über. Mit der Veranstaltungsreihe „Leitmärkte der Zukunft“ der SPD-Bundestagsfraktion möchten wir stärker als bislang deutlich machen, dass die Zeiten konservativer Wirtschaftspolitik vorbei sind und wir unser Augenmerk gezielt auf die Unterstützung von Zukunftsstrukturen richten. Unter dem Titel „Leitmarkt Logistik—Wachstumsmarkt der Zukunft“ wird am 18. Juni 2009 eine Veranstaltung im Berliner Reichstag stattfinden, auf der das Thema mit Experten aus Politik, Forschung und Wirtschaft diskutiert wird.

Kabinett beschließt „Kurzarbeitergeld plus“

Unter dem Motto „Kurzarbeit statt Kündigung - Qualifizieren statt Entlassen“ wurden seit Beginn der Wirtschaftskrise Veränderungen beim Kurzarbeitergeld und bei der Wirtschaftsförderung vorgenommen, die es Unternehmen ermöglichen sollen, trotz der Krise an den Beschäftigten festzuhalten und Entlassungen zu vermeiden.

Die Verlängerung der Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes von 6 auf 18 Monate und die hälftige Entlastung der Arbeitgeber von den Sozialversicherungsbeiträgen für die Kurzarbeit haben sich als wichtige Stütze der Beschäftigten erweisen. Allein bis zum jetzigen Zeitpunkt konnten mit diesem In-

strument mehrere Hunderttausend Entlassungen verhindert werden. Doch es zeichnet sich ab, dass die Betriebe im Rahmen der bisherigen Regelung an die Grenze stoßen.

Da die wirtschaftliche Krise tiefergehender ist und länger dauern wird, bedarf es weiterer stabilisierender Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt, wie sie nun mit dem „Kurzarbeitergeld plus“ beschlossen worden sind.

Den Unternehmen, die sich in den vergangenen Monaten für die Beschäftigungssicherung durch Kurzarbeit mit eigenem Beitrag ins Zeug gelegt haben oder das noch tun werden, wird nun ein Angebot für ein

„Kurzarbeitergeld plus“ gemacht: Zum einen wurde eine Rechtsverordnung auf den Weg gebracht, mit der die maximale Bezugsdauer des des Kurzarbeitergeldes auf 24 Monate verlängert wird, so dass schon jetzt Planungssicherheit herrscht.

Zum anderen sollen die Unternehmen vollständig von den Sozialversicherungsbeiträgen entlastet werden, die über sechs Monate hinweg ihn ihrem Betrieb Kurzarbeit durchgeführt haben. Die Beiträge werden in den verbleibenden bis zu 18 Monaten Kurzarbeit dann voll von der Bundesagentur für Arbeit übernommen. Dabei werden auch Zeiträume vor Inkrafttreten des „Kurzarbeitergeldes

plus“ berücksichtigt. Damit wird die unternehmerische Entscheidung erleichtert, über die Dauer der Krise hinweg an den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern festzuhalten.

Diese Änderungen sollen am 18./19. Juni 2009 im Bundestag und am 10. Juli 2009 im Bundesrat beschlossen werden. Mit dem rückwirkenden Inkrafttreten der Regelung zum 1. Juli 2009 wird sichergestellt, dass für ab 1. Januar 2009 durchgeführte Kurzarbeit auch tatsächlich ab den siebten Monat des Bezugs von Kurzarbeitergeld die mit der vollen Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge angestrebte Entlastung der Arbeitgeber erfolgen kann.

Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen

Der Bundestag hat am 29. Mai 2009 das Reformpaket zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen beschlossen.

Die Gesetzentwürfe basieren auf den Empfehlungen der Föderalismuskommission II. Die Föderalismuskommission II hat am 5. März 2009 nach zwei Jahren ihre Arbeit abgeschlossen und umfangreiche Vorschläge vorgelegt. Wichtigste Aufgabe dieser Reform ist die nachhaltige Konsolidierung der Staatsfinanzen. Es gilt, die Weichen richtig zu stellen, auch mit Blick auf das Auslaufen des Länderfinanzausgleichs und des Solidarpakts II im Jahr 2019.

Das Reformpaket weist einen Weg aus der Schuldenspirale, indem es die Haushaltspolitik

am Nachhaltigkeitsgedanken ausrichtet. Nur ein finanziell solider Staat kann Innovation und Wachstum fördern und bleibt auch in schwierigen Zeiten handlungsfähig. Wichtigster Punkt sind die neuen Schuldenregeln, also die Schuldenregel für den Bund (Artikel 115 Grundgesetz) und eine Rahmenvorschrift für Bund und Länder (Artikel 109 Grundgesetz). Künftig fällt der Investitionsbegriff weg.

Die neuen Schuldenregeln orientieren sich an den Vorgaben des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts („Maastricht-Regeln“). Sie unterscheiden daher insbesondere die strukturelle und die konjunkturelle Situation der einzelnen Haushalte. Die neue Schulden-

regel für den Bund und die Rahmenregel für Bund und Länder tritt zum 1. Januar 2011 in Kraft. Dem Bund wird ab dem Jahr 2016 eine jährliche Neuverschuldung in Höhe von maximal 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erlaubt. In konjunktureller Normallage sind dies jährlich rund 8,5 Milliarden Euro statt derzeit etwa 25 Milliarden Euro. Ab 2011 baut der Bund das strukturelle Defizit in gleichmäßigen Schritten stufenweise bis 2016 auf 0,35 Prozent des BIP ab.

Für die Länder gilt ab 2020 eine strukturelle Nullverschuldung. Beginnend mit dem Haushaltsjahr 2011 bauen die Länder stufenweise die Neuverschuldung auf 0,0 Prozent des BIP in 2020 ab. Ein konkreter

Pfad wird den Ländern dabei nicht vorgegeben; die Übergangsphase bis zur Zielerreichung wird einer entsprechenden Gestaltung durch die Länder überlassen.

Hier gilt das „3-Prozent-Kriterium“ (Maastricht). Konjunkturbedingt können Bund und Länder sich weiterhin verschulden (3 Prozent wären derzeit ca. 50 Milliarden Euro). Diese Schulden, die der Staat in schlechten Zeiten macht, müssen aber in guten Zeiten zurückgeführt werden.

Mit Kanzlermehrheit kann der Deutsche Bundestag in Noffällen wie Naturkatastrophen oder tiefen Rezessionen eine höhere Verschuldung beschließen, und zwar in unbeschränkter Höhe.

Pfingsttreffen der SPD-Landesgruppe Niedersachsen

Letzte Woche kamen ca. 150 Gäste zum Pfingsttreffen der Landesgruppe nach Berlin. Multiplikatoren aus allen gesellschaftspolitischen Bereichen nutzten die Gelegenheit zum persönlichen und direkten Dialog mit der Bundespolitik.

In ihrer gemeinsamen Begrüßung betonten die Bundestagsabgeordneten Holger Ortel und Gabriele Lösekrug-Möller, wie wichtig das konstruktive Verhältnis zwischen niedersächsischen Verbänden und der SPD für die politische Entwicklung des Landes ist. „Gesellschaft braucht Partei. Menschen wie Sie. Menschen, die sich engagieren“, sagte der Hauptredner des Abends, Franz Müntefering.

In seiner Rede machte der SPD-Parteivorsitzende deutlich, dass Deutschland Menschen brauche, die für gesellschaftliches Engagement Partei ergreifen. Besonderen Respekt zollte Müntefering den Freiwilligen Feuerwehren und den Ehrenamtlichen im Sport, die Jugendliche an Gemeinnützigkeit heranführen würden, in einer Form, die politische Parteien



SPD-Generalsekretär Hubertus Heil, Garrelt Duin, SPD-Parteivorsitzender Franz Müntefering und Holger Ortel, Vorsitzender der Landesgruppe Niedersachsen, begrüßen die Gäste des diesjährigen Pfingsttreffens.

nicht gewährleisten könnten. Garrelt Duin nutzte den Abend, um sich für die gute Zusammenarbeit mit der Landesgruppe, insbesondere mit dem Landesgruppenvorsitzenden, Holger Ortel, zu bedanken. Die Landesgruppe setze sich in Berlin ganz besonders für das

Land ein. Als ein Beispiel nannte Duin den Einsatz der niedersächsischen SPD-Bundestagsabgeordneten für das VW-Gesetz. „Gemeinsam mit Frank-Walter Steinmeier und Brigitte Zypries haben wir an dieser Stelle ganz klar niedersächsische Interessen gesi-

chert“, so Garrelt Duin.

Das Pfingsttreffen der Landesgruppe jährlich in der Landesvertretung Niedersachsen beim Bund statt und richtet sich an niedersächsische Multiplikatoren der Verbände, Gewerkschaften, Medien und Wirtschaft.



Termine

- **5. Juni 2009**
Landesrunkfunkrat Hannover
- **6. Juni 2009**
Matjesfest Emden
- **7. Juni 2009**
Europawahl
- **8. Juni 2009**
Klausurtagung der SPD-Landtagsfraktion in Hann. Münden
- **8-11. Juni 2009**
Infofahrt des Bundespresseamts, Besuchergruppe aus Wahlkreis
- **9. Juni 2009**
Bezirksvorstand
- **10. Juni 2009**
Besuch der WSD Nordwest, Aurich
- **11. Juni 2009**
Versammlung des Fachverbandes der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung e. V. Nordwest, Aurich
- **12. Juni 2009**
Jahresempfang des Niedersächsischen Sport, Hannover
- **14. Juni 2009**
Außerordentlicher SPD Bundesparteitag, Berlin

Demo gegen den Bau des geplanten Kohlekraftwerks Emden

Während einer Demonstration gegen den geplanten Bau eines Kohlekraftwerkes in Emden, sprach Garrelt Duin als Hauptredner vor den rund 3.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Er machte in seiner Rede deutlich, dass ein Kohlekraftwerk nicht in die Region passe. „Ostfriesland setze auf erneuerbare Energien und ist im Tourismus führend. Ein Kraftwerk passt nicht in die Landschaft“, sagte Duin. Vor Beginn der Kundgebung im Stadtgarten fanden mehrere Sternmärsche statt. Neben Garrelt Duin sprachen auch Bärbel Höhn (B90/Die Grünen), Borkums Vize-Bürgermeisterin und CDU-Ratsfrau Dr. Monika Harms, der Bundestagsabgeordnete Thilo Hoppe (B90/Die Grünen) sowie Dr. Peter Ahmels von der Bundesumweltstiftung und Annika Peters von Greenpeace. Für die musikalische Umrahmung sorgten die Ding-Dong Girls, Big Band „Heiße Luft“, einen Bläserchor, Sambagruppe Absurdo trommelte für das Klima.

Ausstellungseröffnung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung präsentiert eine Wanderausstellung, die das spannungsreiche Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften seit den 1860er Jahren in Wort und Bild nachzeichnet. Die Eröffnung findet statt am Dienstag, 23. Juni 2009, um 18.00 Uhr, Volkshochschule Emden, An der Berufsschule 3. Neben Petra Wilke, Leiterin des Landesbüros der FES werden auch der Landesvorsitzende des DGB Niedersachsen, Hartmut Tölle und Garrelt Duin sprechen. Die Ausstellung wird vom 23. Juni bis 21. Juli 2009 gezeigt. Anmeldungen für die Ausstellungseröffnung werden erbeten im Wahlkreisbüro Garrelt Duin, MdB, Burggraben 46, 26506 Norden, Telefon (04931) 4417, E-Mail: garrelt.duin@wk.bundestag.de.

Veranstaltung zum Thema Rente mit Anton Schaaf und Garrelt Duin

Der demografische Wandel mit allen seinen Chancen und Problemen ist eine der größten Aufgaben für unsere Gesellschaft. Wir alle werden – erfreulicher Weise – immer älter; gleichzeitig sinken die Geburtenraten und die Kosten im Rentensystem steigen. Die Veränderungen in der Gesellschaft erfordern einen engagierten Einsatz der Politik. Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich in den vergangenen Jahren diesen Herausforderungen gestellt. Doch es besteht auch weiterhin Handlungsbedarf. So müssen Programme wie die Altersteilzeit auch in Zukunft durch Bundesmittel gefördert und weiter ausgebaut werden. Ein flexibler, an

die Bedürfnisse der Menschen angepasster und für ihre Arbeit angemessener Eintritt in die Rente muss allen ermöglicht werden. Die geförderte Altersvorsorge ist ein sinnvolles Instrument – unterstützt durch die staatlichen Zulagen – aus eigener Kraft ein Alterseinkommen zu erzielen, das Bedürftigkeit im Alter vermeidet. Wir laden Sie herzlich zur Veranstaltung zum Thema „Rente“ am Mittwoch, 24. Juni 2009, um 16 Uhr (Einlass 15.30 Uhr), Pumpstation, Cirksestraße 113, in Emden, ein und freuen uns auf eine spannende Diskussion. Um Anmeldung wird gebeten unter: garrelt.duin@wk.bundestag.de oder per Fax 04931-9301673



Impressum

Büro Garrelt Duin, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 - 227 - 70145

Fax: 030 - 227 - 76445

garrelt.duin@bundestag.de

www.garreltduin.de